

## BGA-Agrar-Ausschuss befasst sich mit Zukunft und Gegenwart

*Welche Szenarien könnten im Zuge der Digitalisierung einen neuen „Foodture-Markt“ prägen und wie kann es gelingen, das Ausbrechen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Deutschland zu verhindern? Diese und weitere Themen waren Gegenstand der Frühjahrssitzung des BGA-Ausschusses für Agrar- und Ernährungswirtschaft Anfang März in Berlin.*

### „Die Digitalisierung des Lebensmittel-Onlinehandels wird zu 80 Prozent im Großhandel stattfinden“

Diese These warf Max Thinius ([www.maxthinius.de](http://www.maxthinius.de)), laut New York Times einer der führenden Futurologen Europas, in seinem Vortrag über die Zukunft des Lebensmittelgroßhandels in Zeiten der Digitalisierung auf. Thinius nannte Ansatzpunkte und Chancen, die sich für Großhändler insbesondere durch Vernetzung und enge Kooperation mit den Erzeugern ergeben könnten. Er zeigte sich davon überzeugt, dass der Großhandel innerhalb der nächsten fünf Jahre zum Treiber der Digitalisierung im Lebensmittelhandel werden könne. Angesprochen auf die Frage, ob es nicht auch viele Menschen gebe, die der zunehmenden Digitalisierung und der damit einhergehenden Preisgabe von Daten mit Sorge begegneten, erklärte Thinius, dass er keine Daten gefunden habe, die dies belegen. Selbst wenn es hier und da einen Wunsch nach weniger Digitalisierung geben sollte, werde dieses Gefühl zurückgehen, da sich die Menschen im Laufe der Zeit an technische Neuerungen gewöhnen und diese folglich weniger wahrnehmen werden. Er räumte ein, dass die Logistik beim Onlinehandel von Lebensmitteln noch Herausforderungen mit sich bringe, an diesen aber gearbeitet werde. Der Zukunftsforscher wies darauf hin, dass sich der Alltag der Menschen im Zuge der industriellen Revolution zu 84 Prozent geändert habe. In der Digitalisierung seien es bisher erst 14 Prozent.

### Austausch mit BMEL zur Afrikanischen Schweinepest

Das zweite große Thema der Sitzung brachte die Ausschussmitglieder von der Zukunft zurück in die Gegenwart. Dr. Birgit Jahn, zuständige Referatsleiterin für Tierseuchen,

EU-Handel, Internationale Fragen, Krisenzentrum im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), skizzierte in ihren Ausführungen zunächst die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Europa seit zehn Jahren. Sodann stellte sie die Strategie vor, mit der die Bundesregierung verhindern will, dass die Seuche aus Polen und der Tschechischen Republik nach Deutschland kommt. Unter anderem werde die Bevölkerung über verschiedene Kanäle über die ASP informiert, da Menschen durch falsches Entsorgen von tierischen Lebensmitteln zur versehentlichen Verbreitung der Krankheit beitragen. Zudem wurde mit allen Bundesländern eine Tierseuchenübung zur Kommunikation durchgeführt, zusätzlich werde daran gearbeitet, den Wildschweinbestand in Deutschland soweit wie möglich zu dezimieren. In der anschließenden Diskussion kamen die Teilnehmer überein, dass die Vermarktung von Wildschweinfleisch schwierig sei, da das Interesse der Verbraucher fehle. Die Veterinärin erklärte auf Nachfrage, dass sich das zuständige Referat im BMEL darum bemühe, Veterinärzertifikate für den Fall eines ASP-Ausbruches in Deutschland anzupassen. Dies seien jedoch „sehr dicke Bretter“, so Jahn.

Im weiteren Verlauf der Sitzung informierte der BGA die Anwesenden über den aktuellen Stand zum von China geplanten allgemeinen Lebensmittelzertifikat. Gegenwärtig werde auf europäischer Ebene um eine gemeinsame Haltung der Mitgliedstaaten zu dieser Frage gerungen, sowohl in genereller Hinsicht als auch zu Detailfragen. Der BGA wird hierzu weiter berichten.

Angesichts der andauernden Debatte um das Tierwohl, Investitionen von Fleischproduzenten in Start-ups, die Fleisch aus der Petrischale züchten, und die Frage, ob Insek-

ten zukünftig als Proteinquelle dienen könnten, diskutierten die Ausschussmitglieder darüber, wie die genannten Szenarien Auswirkungen auf den Großhandel mit Fleisch- und Futtermittelprodukten haben könnten. Es herrschte große Einigkeit, dass die Entwicklungen hier noch ganz am Anfang stünden und folglich kein Grund zur Unruhe gegeben sei. Beim Thema Glyphosat waren die Mitglieder einhellig der Ansicht, dass es hier weniger um den Wirkstoff als solchen, sondern vielmehr um die Art und Weise gehe, wie die Politik damit umgeht. Es sei höchst bedenklich, wenn Parteien ungeprüft die öffentliche Meinung als Ziel ausgeben und sich dadurch von einer Politik mit Augenmaß, die auf wissenschaftlichen Fakten basiere, verabschieden. Die entsprechenden Botschaften wird der BGA gegenüber der neuen Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner (CDU), kommunizieren.

① Die nächste Sitzung des BGA-Agrar-Ausschusses ist für den 29. August 2018 in Bonn geplant, dann wieder unmittelbar im Vorfeld zum BGA-Agrar-Barbecue.

[Sebastian Werren]

## BGA AKTUELL

### BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann zum Start der neuen Bundesregierung:

„Nun geht es endlich los! Vor der neuen Bundesregierung liegen vielfältige große Aufgaben in Europa, der Welt und auch hierzulande. Angesichts der Fülle an Themen gilt es bei der Abarbeitung nun die richtigen Prioritäten zu setzen, die den Standort und den im immer härteren internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen den Rücken stärken. Diesen Wettbewerb können wir nur bestehen, wenn wir die richtigen Weichen für ein digitales Deutschland stellen. Hierzu ist es u.a. nötig, die rechtlichen Arbeitsbedingungen für eine moderne Arbeitswelt zu schaffen. Auch die Unternehmensbesteuerung wird den aktuellen Anforderungen nicht gerecht – Koalitionsvertrag hin oder her. Wir brauchen eine Fortentwicklung der Unternehmensteuerreform 2008 ebenso wie einfache und praxisgerechte Regelungen für den innergemeinschaftlichen Handel und digitale Leistungen. An dieser Stelle darf die Politik die Augen nicht verschließen angesichts der Entwicklungen um uns herum. Nicht zuletzt

hängt Deutschland wie kaum ein anderes Land von einer funktionierenden Weltwirtschaft ab. Mit weiteren Handelsabkommen muss dringend wieder mehr Stabilität herbeigeführt werden.“

① BGA-Pressemitteilung vom 14. März 2018

### Zum heute unterschriebenen Koalitionsvertrag erklärt BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann:

„Der Koalitionsvertrag enthält auch für die Unternehmen durchaus eine Reihe positiver Einzelmaßnahmen. Wir vermissen jedoch schmerzlich schlüssige Gesamtkonzepte etwa in der Steuerpolitik und bei großen Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Alterssicherung. Das bedeutet nichts Gutes für die jungen Generationen.

Auch wird zu wenig Vorsorge betrieben, wenn es – was absehbar ist – einmal nicht mehr konjunkturell so gut läuft wie aktuell. So werden wir die Beschränkungen der Befristungsmöglichkeiten, die die Unternehmen brauchen, um auf Auftragsschwankungen reagieren zu können, noch bereuen, während sie bei der derzeitigen Auftragslage kaum ein Thema sind. Stattdessen werden die konsumptiven Ausgaben des Staates auf dem ohnehin hohen Niveau erneut deutlich ausgeweitet.“

① BGA-Pressemitteilung vom 12. März 2018

### BGA: Traumstart für den Außenhandel ins neue Jahr – folgt jetzt der Alptraum?

„Mit einem starken Plus ist der Außenhandel ins neue Jahr gestartet. Die Zahlen stehen im krassen Gegensatz zu dem, was wir gerade erleben. US-Präsident Trump hat ganz bewusst die nächste Eskalationsstufe gezündet. An Mahnungen hat es nicht gefehlt. Seine Rücksichtslosigkeit auch gegenüber jahrzehntelangen Partnern und seine selektive Wahrnehmung sind dabei erschreckend. Damit verschärft sich eine sehr heikle Situation. Statt jetzt Hals über Kopf mit Vergeltungsmaßnahmen zu reagieren, sollten wir intensiv versuchen, die vernünftigen Stimmen in Politik und Wirtschaft in den USA zu stärken und damit den inneramerikanischen Gegendruck zu Trump zu forcieren – denn ein Handelskrieg kennt keine Gewinner.“ Dies erklärt BGA-Präsident

Dr. Holger Bingmann heute in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für Januar 2018 bekanntgegeben. Demnach wurden Waren im Wert von 107,1 Milliarden Euro exportiert, ein Plus von 8,6 Prozent im Vorjahresvergleich. Den maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung haben die Länder der EU. Die deutliche konjunkturelle Erholung hat dazu geführt, dass deutsche Ausfuhren dorthin im Vorjahresvergleich um 10,7 Prozent gestiegen sind. Die Importe stiegen insgesamt um 6,7 Prozent auf 89,7 Milliarden Euro.

„Entscheidend ist nun, dass wir uns sorgfältig mit unseren Partnern abstimmen und verhindern, dass jetzt eine Lawine ins Rollen kommt. Ebenso wichtig ist aber, dass wir in Europa unsere Hausaufgaben machen und die Stärkung des europäischen Binnenmarktes mit Nachdruck vorantreiben. Mit Erleichterung beobachten wir, dass die Regierungsbildung mittlerweile an Fahrt aufnimmt, damit Deutschland sich schnellstens aktiv in die gärenden Debatten auf europäischer sowie internationaler Bühne einbringen und die nötigen Entscheidungen voranbringen kann. Gerade angesichts Trumps Politik, sich dem freien und fairen Welthandel zu verwehren, benötigen wir ein starkes Europa. Denn nur als europäische Wirtschaft können wir einen Gegenpol zu diesen protektionistischen Bestrebungen bilden“, so Bingmann abschließend.

📄 BGA-Pressemitteilung vom 9. März 2018

### **BGA zum deutschen Ausfuhrüberschuss**

„Der Außenhandelsüberschuss ist keine wirtschaftspolitische Steuerungsgröße und lässt sich nicht planen. Er ist das Resultat insbesondere der hohen Qualität der Produkte, vieler Einzelentscheidungen und der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Der Überschuss fällt 2017 über 4 Milliarden Euro niedriger aus als 2016 und wir erwarten, dass er im laufenden Jahr weiter sinken wird. Dies zeigt deutlich, dass auch Sondereffekte wie der schwache Euro dazu beigetragen haben und der erstarkende Euro Wirkung entfaltet.“ Dies erklärt BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann zu den heute vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen zum deutschen Ausfuhrüberschuss 2017.

📄 BGA-Pressemitteilung vom 27. Februar 2018

### **»DIREKT AUS BERLIN«**

Ausgabe 6 | 16. März 2018 | Jahrgang 26 | Seite 3

## **GROSSHANDEL**

### **Großhandelspreise im Februar 2018: + 1,2 Prozent gegenüber Februar 2017**

Die Verkaufspreise im Großhandel lagen im Februar 2018 um 1,2 Prozent höher als im Februar 2017. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hatte die Veränderung gegenüber dem Vorjahr im Januar 2018 bei + 2,0 Prozent und im Dezember 2017 bei + 1,8 Prozent gelegen. Im Vormonatsvergleich fielen die Preise für die auf Großhandelsebene verkauften Waren im Februar 2018 um 0,3 Prozent.

📄 DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 16. März 2018

## **AUSSENWIRTSCHAFT**

### **Unterstützung für die deutsche Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern**

Die Kooperation mit der Wirtschaft wird in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit immer wichtiger. In den strategischen Planungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem „Marshallplan mit Afrika“ aber auch mit Entwicklungs- und Schwellenländern anderer Kontinente, werden die Mobilisierung und Stärkung privater Investitionen als unverzichtbarer Baustein zu Erreichung der Entwicklungsziele, der Sustainable Development Goals (SDG), angesehen.

Der deutsche Mittelständler fühlt sich insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern in Afrika nur sehr unzureichend informiert, um den nächsten Schritt zu gehen. Dabei bieten gerade die Netzwerke und Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit viele Anknüpfungspunkte. Diese sind ihm aber vielfach nicht bekannt und die Nutzung von Förder- und Kooperationsprogrammen ist oftmals nicht so einfach zu verstehen. Über neue Business & Cooperation Desks in ausgewählten Ländern soll sich dies nun aber ändern.

Das Programm Global Business Network (GBN) etabliert im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verschiedene Business & Cooperation Desks in den afrikanischen Ländern Äthiopien, Ruanda, Uganda und Namibia sowie in Kambodscha in Asien. Weitere Länder in Planung sind die Elfenbein-

küste und die Mongolei, für welche die Zustimmung des BMZ noch aussteht. Die Business & Cooperation Desks sind in die Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor Ort integriert. Umgesetzt wird das Global-Business-Network-Programm von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, in enger Kooperation mit dem DIHK.

Darüber hinaus sind seit 2017 die German Desks – Financial Support and Solutions (GD-FSS) operativ, die die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG), eine Tochtergesellschaft der KfW-Bankengruppe, in Peru, Kenia, Nigeria und Indonesien eröffnet hat. Mit diesem Desk wird angestrebt, eine Finanzierungslücke zu schließen, die u.a. im Rahmen der weltweiten Verkleinerung des Korrespondenzbankennetzes vieler Kreditinstitute aufgrund der strengeren Bankenregulierung entstanden ist.

Die DEG stellt mit diesem innovativen Produkt, zusammen mit ausgewählten Partnerbanken und dem Netzwerk der Auslandshandelskammern, mittelständischen deutschen Unternehmen und ihren lokalen Handelspartnern eine neue Anlaufstelle zur Verfügung, um allgemeine Bankdienstleistungen und Beratung für deutsche Unternehmen sowie Finanzierungslösungen für lokale Käufer von deutschen Anlagen zu erbringen.

Das Leistungsspektrum reicht von der Kontoeinrichtung über Dienstleistungen für Handelsfinanzierungen und Transaction Banking bis zu Kreditlinien oder Investitionsfinanzierungen für lokale Unternehmen. Für 2018 ist geplant, einen weiteren German Desk-FSS in Bangladesch zu eröffnen.

Die Aufgabe der DEG ist es, privatwirtschaftliche Strukturen in Entwicklungs- und Schwellenländern durch langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierungen zu fördern, um dadurch die Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum und eine dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen zu schaffen.

[Anette Kasten]

## VERKEHR

### Ausweitung der Lkw-Maut und Höhe der Mautsätze

Ab 1. Juli 2018 gilt die Lkw-Maut auf dem gesamten Bundesstraßennetz. In diesem Zusammenhang sind die Vorbereitungen mit dem Aufbau des Systems angelaufen, wozu auch die Installation der Kontrollsäulen zählt. Die gegenwärtigen Mautsätze sollen dann weitergelten, bis die Arbeiten an dem neuen Wegekostengutachten 2018–2022 abgeschlossen sind und auf dieser Basis die aktuellen Mautsätze überprüft werden könnten. Auf der Grundlage des neuen Wegekostengutachtens will die Bundesregierung nach eigener Aussage auch eine Ausweitung der Maut auf kleinere Lkw mit 3,5 bis 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht und auf Fernbuse sowie die Einbeziehung der Lärmkosten prüfen. Auf Grund der derzeit noch nicht kalkulierbaren Mautsätze bestehen erhebliche Unsicherheiten für die Logistikbranche und für den Handel. Dies ist für die Branche nicht hinnehmbar. Der BGA fordert hier Planungssicherheit und setzt sich dafür ein, eine Übergangsfrist von sechs Monaten für die neuen Mautsätze zu gewähren.

[Meike Tilsner]

### Zitat der Woche

**»Wir leben in gesamtwirtschaftlich goldenen Zeiten. Besser wird es nicht mehr.«**

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.  
Telefon: 030 590099-50  
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 15. März 2018  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich